



Niedersachsen

Niedersächsisches Ministerium für
Inneres und Sport

21.03.2019

Positionspapier der A-Innenministerkonferenz in Brüssel vom 20.-21.03.2019:

2019 ist ein richtungsweisendes Jahr für die Zukunft Europas. Die Errungenschaften der Europäischen Union sind das Fundament von Frieden, Freiheit und Wohlstand in Europa. Der Brexit, zunehmende populistische Strömungen und nationale Egoismen gefährden den Zusammenhalt und die Stabilität dieser Europäischen Union.

Die Europawahl im Mai stellt die Weichen für die zukünftige Ausrichtung der Europäischen Union: Wird der europäische Einigungsprozess fortgesetzt oder gibt es einen Rückfall in Nationalstaaterei? Die aktuellen und künftigen Herausforderungen können nur bewältigt werden mit mehr europäischer Zusammenarbeit.

- (1) In unserer globalisierten und digitalen Welt kann die nationalstaatliche Ausrichtung kein Ansatz für die Lösung unserer Probleme sein. Das betrifft insbesondere die Innen- und Sicherheitspolitik. Kriminalität und Terrorismus machen schon lange nicht mehr Halt an nationalen Grenzen. Wir brauchen darum eine stärkere grenzüberschreitende Zusammenarbeit, um ein Höchstmaß an Sicherheit für die Menschen in ganz Europa gewährleisten zu können. Dafür brauchen wir ein geeintes und handlungsstarkes Europa. Diese Position haben die A-Innenminister und -senatoren bei ihrer Konferenz in Brüssel (20.3.-21.3.2019) in zahlreichen Gesprächen formuliert.

Nr. 027/19 Philipp Wedelich		
Pressestelle Lavesallee 6, 30169 Hannover	Tel.: (0511) 120-6259 Fax: (0511) 120-6555	www.mi.niedersachsen.de E-Mail: pressestelle@mi.niedersachsen.de

- (2) Beim Austausch mit Sir Julian King, dem EU-Kommissar für die Sicherheitsunion, bestand Einigkeit: Die einzelnen Ebenen in der europäischen Sicherheitsarchitektur müssen stärker miteinander verzahnt und Kompetenzen gebündelt werden. Der Austausch von Daten und Informationen zwischen den einzelnen Mitgliedstaaten muss deutlich und zeitnah verbessert werden, damit die Sicherheits- und Strafverfolgungsbehörden deutlich effizienter und effektiver miteinander zusammenarbeiten können. Verlässliche gemeinsame Informationssysteme müssen genutzt werden, um Herausforderungen wie der von reisenden Gewalttätern in Europa bis zur wirksamen Kontrolle der Außengrenzen bewältigen zu können.
- (3) In diesem Zusammenhang kommt auch Europol als zentraler Polizei- und Sicherheitsbehörde der EU eine entscheidende Rolle zu: Wir müssen die Position und die Befugnisse dieser Behörde weiter stärken und Europol zu einer Art „Europäisches FBI“ weiterentwickeln. Die beschlossene Erhöhung der Haushaltsmittel für 2019 für Europol war ein erster großer Schritt, den wir sehr begrüßen. Dafür haben wir uns auch als A-Innenminister intensiv eingesetzt. Diesen Weg gilt es fortzusetzen. Europol muss seine Fähigkeiten in der Entwicklung einer gemeinsamen IT-Sicherheitsstruktur weiter ausbauen und mittelfristig eigene operative Ermittlungsbefugnisse erhalten.
- (4) Die Innenminister und -senatoren haben in den Gesprächen mit Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker, Haushaltskommissar Günther Oettinger und Sicherheitskommissar Sir Julian King auch die möglichen negativen Auswirkungen eines Brexits auf die EU im Allgemeinen und auf die Sicherheit im Besonderen thematisiert. Insbesondere auf dem Feld der polizeilichen Zusammenarbeit droht mit einem unregelmäßigen Ausscheiden Großbritanniens der Verlust von britischer Sicherheitsexpertise, erfahrener Personal und des bewährten und wertvollen Informationsaustausches. Der Bundesinnenminister und die Bundesregierung sind aufgefordert, durch verstärktes deutsches Engagement bei Europol in Den Haag auch einer personellen Schwächung entgegenzuwirken und entsprechende Mittel bereitzustellen.
- Die Schaffung des European Counter Terrorism Center (ECTC) unter dem Dach von Europol war eine weitere richtige und wichtige Maßnahme. Wir müssen bei der Terrorismus- und Kriminalitätsbekämpfung so eng und vernetzt wie möglich zusammenarbeiten. Das ECTC ist vor diesem Hintergrund ein Vorbild auch für andere Bereiche der Innen- und Sicherheitspolitik.

Nr. 027/19 Philipp Wedelich Pressestelle Lavesallee 6, 30169 Hannover	Tel.: (0511) 120-6259 Fax: (0511) 120-6555	www.mi.niedersachsen.de E-Mail: pressestelle@mi.niedersachsen.de
---	---	---

- (5) Auch der furchtbare Terrorangriff mit 50 Toten im neuseeländischen Christchurch war Thema der Gespräche in Brüssel. Die A-Innenminister und -senatoren brachten ihr tiefes Mitgefühl mit den Opfern und den Angehörigen zum Ausdruck. Diese abscheuliche Tat stellt auch durch ihre mediale Verbreitung eine neue Dimension dar. Vor dem Hintergrund des Live-Streams des rechtsextremen Terroranschlags stellt sich in besonderer Weise die Frage der Verantwortung sozialer Netzwerke sowohl im Hinblick auf die Verhinderung der Verbreitung von extremistischen Online-Inhalten als auch deren unverzüglicher Löschung. Die A-Innenminister und -senatoren begrüßen deshalb die entsprechende EU-Verordnung als ein wichtiges Instrument und setzen auf die baldige Verabschiedung durch das Europäische Parlament.
- (6) Die SPD-Innenminister und -senatoren haben bei ihrer Konferenz in Brüssel auch die Forderung nach einem zuverlässigen und von allen europäischen Staaten gemeinsam getragenen Ausbau des Schutzes der EU-Außengrenzen erneuert. Die vorgesehene Verstärkung der europäischen Grenzschutzagentur Frontex muss deshalb zügig umgesetzt werden.

Auch dieser Besuch der SPD-Innenminister und -senatoren hat deutlich gemacht, dass die Zukunft Europas nicht in der Summe nationalstaatlicher Interessen liegen kann, sondern nur in einer Weiterentwicklung der Europäischen Union. Die Bürgerinnen und Bürger der Europäischen Union entscheiden am 26. Mai über die Zukunft eines demokratischen, handlungsfähigen und sicheren Europas!

Nr. 027/19 Philipp Wedelich Pressestelle Lavesallee 6, 30169 Hannover	Tel.: (0511) 120-6259 Fax: (0511) 120-6555	www.mi.niedersachsen.de E-Mail: pressestelle@mi.niedersachsen.de
---	---	---